

Ergänzungen zum Arbeitsgesetz von 1980 zu protestieren. Bisher hat es scheinbar noch keinen Streik gegeben.

- CUEPACS - der zweitgrößte Gewerkschaftsdachverband, vor allem von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes - befindet sich in einem Tarifstreit mit der Regierung an 2 Punkten: eine generelle Lohn- und Gehaltserhöhung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten und eine 8 Jahre alte Forderung nach Lohn- und Gehaltserhöhungen für 14.000 Handwerker. Bereits im September letzten Jahres hatte eine Urabstimmung zum Streik für letzte Forderung stattgefunden. Im Augenblick gibt es aber nicht mehr als einige ermutigende Zeichen von Stärke und Solidarität, denn wenn es keine Einigung gibt, hat der Arbeitsminister nach dem Gesetz die Möglichkeit, Streikaktionen zu unterbinden und die Angelegenheit einem Arbeitsgericht zuzuweisen. Die Führung von CUEPACS hat in dieser prekären Situation noch zusätzliche Schwierigkeiten wegen des Rücktritts des stellvertretenden Präsidenten Mohamed Abas am 8.6.85 auf Grund "politischer Differenzen".

- Eine noch bedeutendere Entwicklung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung stellt der Beschluß zum Zusammenschluß der beiden größten Gewerkschaftsdachverbände MTUC und CUEPACS dar. Der neue Dachverband, das Nationale Gewerkschafts-Zentrum (National Trade Union Center), wird sich eine neue Satzung geben und für alle Gewerkschaften offen sein. Solch eine Solidarität stärkt sicherlich die Gewerkschaftsbewegung. Allerdings muß sie im bestehenden Kontext gesehen werden. Abgesehen von den 22 Gewerkschaften der Arbeitgeber, sind nur knappe 11 % aller abhängig Arbeitenden gewerkschaftlich organisiert: 46 % bei den Gewerkschaften des MTUC und 18 % der CUEPACS. Die Widersprüchlichkeit der Gewerkschaftsbewegung in Malaysia liegt darin, daß der Präsident bei MTUC, P. P. Narayanan, einerseits auch Vorsitzender des 85. Mio. Mitglieder starken Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften ist, aber auch schon seit langem Präsident der einheimischen Nationalen Gewerkschaft der Plantagenarbeiter, die in ihrer 30jährigen Geschichte so gut wie nichts zur Verbesserung der traurigen Lebens- und Arbeitsbedingungen von 50.000 Plantagenarbeitern gemacht hat, deren Interessen sie angeblich vertreten soll.

- vgl. Star 4.5., 5., 6.8.85, NST 5.6.85, MB 16.8.85, S. 48f  
SIMBA Newsletter No. 1/85  
Fijar No. 31

## NACHRICHTEN

### 5 HINRICHTUNGEN INNERHALB VON 24 STUNDEN

5 Hinrichtungen wurden am 3. und 4. Juli im Pudu-Gefängnis von Kuala Lumpur vollzogen. Es handelte sich dabei um Tan Kee Seng (24 Jahre), Lock Loi (30) und Ng Foong Wai (33) die nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) wegen des Besitzes von Waffen, Munition und Sprengstoff zum Tode verurteilt werden mußten. Wong Ah Kwa (36) wurde wegen Handel mit 79,93 Gramm Heroin nach dem Anti-Rauschgift-Gesetz verurteilt, was ebenfalls die Todesstrafe vorschreibt, und K. Vijayakumar (23) wegen Mordes an seiner Frau.

Die Einführung der obligatorischen Todesstrafe allein bei Waffenbesitz 1985 als Ergänzung zum Gesetz zur Inneren Sicherheit ist umstritten und innerhalb wie außerhalb Malaysias als Verstoß gegen die Menschenrechte kritisiert worden. Nach diesem Gesetz sind seit 1970 bereits 48 Menschen hingerichtet worden. 6 weitere wurden verurteilt und warten zur Zeit auf die Urteilsvollstreckung. Auch die obligatorische Todesstrafe bei Rauschgifthandel ist umstritten, und seit der Einführung des Gesetzes 1975 wurden bereits 31 Menschen hingerichtet. (vgl. SOA-Informationen Nr. 2, S. 27, dort wurde fälschlicherweise die Anzahl der bereits Hingerichteten mit 75 angegeben, was aber die Zahl der Verurteilten war.) Zur Zeit warten 53 wegen Rauschgifthandels zum Tode Verurteilte auf die Hinrichtung, darunter auch einer aus der BRD, 3 aus Australien und 2 aus Neuseeland.

Die Hinrichtung von Sim Kie Chon (28), der auch nach dem ISA verurteilt wurde, ist auf Betreiben

seines Anwalts kurz vor dem vorgesehenen Termin am 04.07. verhindert worden. Sein Anwalt Karam Singh hat vor dem Obersten Gericht (High Court) die Entscheidung des Begnadigungs-Ausschusses, Sims Todesstrafe nicht in eine lebenslängliche Haftstrafe zu ändern, angefochten. Er wirft dem Ausschuss vor, nicht nach dem Gleichheitsgrundsatz des Artikel 8 der Verfassung zu verfahren, weil der Ausschuss seinerzeit das Todesurteil bei dem ehemaligen Sport-Minister Datuk Mokhtar Hashim in eine lebenslängliche Strafe umgewandelt hatte, obgleich Mokhtar nachgewiesenermaßen mit einer Pistole einen politischen Rivalen erschossen hatte. Das Gericht habe Sim nicht einmal den Gebrauch der Waffe nachweisen können und soll nun allein für den Besitz hingerichtet werden. Der Begnadigungsausschuß wäre nach Auffassung Karams in beiden Fällen nicht vorurteilsfrei gewesen. Das Oberste Gericht entschied am 24.07., daß die Entscheidung über Begnadigungs-Gesuche nicht auf dem Rechtswege vor Gerichten behandelt werden könnte.

Ein Sprecher der Anwaltskammer erklärte zu der Entscheidung des Gerichtes, daß die Ursache des Problems bei dem Gesetz zur Inneren Sicherheit mit der obligatorischen Todesstrafe bei Waffenbesitz läge. Hätte das Gericht einen freien Entscheidungsspielraum über das Strafmaß, so könnte es entsprechend der Schwere der Fälle ein Urteil fällen.

Die Klage vor dem Obersten Gericht bezüglich der Entscheidung des Begnadigungsausschusses hat erneut die öffentliche Diskussion über das Gesetz zur Inneren Sicherheit wie auch das Anti-Rauschgift-Gesetz mit der jeweils obligatorischen Todesstrafe in Gang gesetzt.

- vgl. Star 3., 5., 6., 7., 23., 25., 26.7.85, NST 3., 4.7.85, FEER 15.8.85, S. 22

### INITIATIVE FÜR EINE BEWEGUNG ZUM SCHUTZ UND ZUR FÖRDERUNG VON FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT

Am 14. Juli fand in Kuala Lumpur der 3. "Dialogue of Concern" von Aliran zum Thema "Parlamentarische Demokratie" statt. 16 Organisationen, darunter die beiden größten Gewerkschaftsverbände, der Nationale Rat von Frauenverbänden, Parteien wie Gerakan, PAS und Parti Bersatu Sabah, sowie die Anwaltskammer, waren vertreten. Am Ende einer eintägigen Diskussion wurden zwei Resolutionen verabschiedet, eine zur parlamentarischen Demokratie und eine für "Eine Bewegung zum Schutz und zur Förderung von Freiheit und Gerechtigkeit". Nur 3 Organisationen konnten aus organisatorisch/technischen Gründen den Resolutionen nicht zustimmen.

Die Kampagne "Bewegung für Freiheit und Gerechtigkeit" soll in den nächsten 12 Monaten Foren zu diesem Thema organisieren, über Verletzungen von Menschenrechten auf der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ebene informieren, halbjährlich einen Bericht über den Stand von Freiheit und Gerechtigkeit im Land anfertigen und veröffentlichen, vierteljährlich die Rolle, Funktion und Effektivität des Parlaments untersuchen und Maßnahmen ergreifen oder formulieren, und die Mißachtung der Menschenrechte und die Zentralisierung von Macht durch die Exekutive zu kontrollieren. Der Bewegung können auch andere Organisationen beitreten, wenn sie die beiden Resolutionen anerkennen. Ein Beratungsgremium von 3 Personen wurde aus dem Kreis der Dialog-Teilnehmer



gewählt. Es besteht aus Vertretern der Selangor Graduate Society, Parti Islam SeMalaysia und Parti Sosialis Rakyat Malaysia.

Eröffnet wurde dieser 3. Dialogue of Concern vom Sultan Azlan Muhibuddin Shah des Bundesstaates Perak, der früher Mitglied des Obersten Gerichtshofes gewesen war. In seiner Rede hob der Präsident von Aliran, Chandra Muzaffar, hervor, daß Malaysia zwar eines der wenigen Länder der 3. Welt sei, in dem eine relativ gut funktionierende parlamentarische Demokratie existiere, diese aber mit erheblichen Mängeln behaftet sei, wie die Mißachtung von Menschenrechten in einer Reihe von Gesetzen und die zunehmende Zentralisierung von Macht in der Exekutive.

"Wenn wir heute daran scheitern, unsere begrenzten Rechte zu verteidigen, ist es unwahrscheinlich, daß wir morgen in der Lage sein werden, unsere Freiheiten zu erweitern", meinte Chandra.

- vgl. Texte der Resolutionen und Reden in Aliran, Vol. V. No. 8, S.2-9

#### AUF DER INSEL LABUAN/SABAH SOLLTEN U-BOOTE UND GEPANZERTE FAHRZEUGE GEBAUT WERDEN

Der neu gewählte Ministerpräsident des Bundesstaates Sabah in Ost-Malaysia Joseph Pairin Kitingan (vgl. SOA-Informationen Nr. 2, S. 25) teilte Anfang Juni dem Parlament des Bundesstaates mit, daß unter seinem Vorgänger Harris Salleh Pläne zur Produktion von U-Booten und gepanzerten Fahrzeugen in der staatseigenen "Sabah Shipyard" bestanden. Harris wollte auf der Insel Labuan eine große Waffenindustrie aufbauen. In Zusammenhang mit der britischen Firma Vickers sollten dort U-Boote montiert und in die ganze Welt verkauft werden, besonders in solche Länder, wohin es "schwierig" für die Briten ist, direkt zu verkaufen. Bei den gepanzerten Fahrzeugen war eine Zusammenarbeit mit französischen Firmen vorgesehen. Bisher wurden diese Pläne geheimgehalten, mit denen die Regierung Pairins nichts mehr zu tun haben will und keine finanziellen Mittel durch die staatseigene Werft zur Verfügung stellen wird.

Seitdem Pairin Ministerpräsident ist, hat es einige Unruhen gegeben. Pairins Gegner hoffen, daß durch anhaltende Unruhen die Regierung destabilisiert werden würde und zurücktreten müsse. Anfang des Monats hat es innerhalb von 10 Tagen 3 Sprengstoffanschläge in der Hauptstadt Kota Kinabalu gegeben, bei denen eine Person ums Leben kam und 5 verletzt wurden.

- vgl. AW 14.6.1985, S. 8/9, FEER 6., 13.6.1985, S. 13

#### MALAYSIA PRODUZIERT EIGENES AUTO

In der ersten Hälfte des Juli rollte das erste Auto "Made in Malaysia" vom Band in der Fabrik in Shah Alam. Premierminister Mahathir Mohammad machte öffentlichkeitswirksam eine erste Probefahrt mit dem "Saga" des joint-venture Unternehmen Proton. Proton ist zu 70 % in Händen der staatlichen Heavy Industry Corp. of Malaysia (Hicom) und zu 30 % in Händen von Mitsubishi. Im Dezember 1982 wurde das Projekt der Errichtung einer Automobilfabrik mit einem Investitionsvolumen von 550 Mio. Ringgit (= 600 Mio. DM) begonnen. Das Modell "Saga" ist mit Vorderradan-

trieb und einer 1,3 oder 1,5 Liter-Maschine versehen. Die Technik und das Knowhow wurde von Mitsubishi geliefert. 40 % des Wagens sind in Malaysia hergestellt. Bis Ende des Jahres sollen 7.500 Sagas produziert werden, für 1986 ist das Produktziel 40.250 und 1990 100.200.

Der Preis des Sagas wird etwas niedriger sein als der bisher billigste in Malaysia montierte japanische PKW von Nissan, der 19.200 Ringgit (= DM 23.358) kostet.

- vgl. AW 19.07.85, S. 46f

#### BROCKE ZWISCHEN FESTLAND UND DER INSEL PENANG FERTIGGESTELLT

Anfang August wurde die 18,5 km lange Brücke zwischen dem Festland und der Insel Penang fertiggestellt. Sie kostete 850 Mio. Ringgit (= DM 1,03 Mrd.) und 20 Menschenleben, ist die längste in Asien und 5-längste in der Welt. Seit April 1982 arbeiteten etwa 2.300 Menschen an dem Bau der

Brücke, davon 1/3 Koreaner, denn die ausführende Firma kommt aus Süd-Korea. Bisher konnte die Insel Penang nur mit einer Fähre erreicht werden. Durch die Brücke wird die wirtschaftliche und politisch administrative Bedeutung Penangs erheblich wachsen. Für den öffentlichen Verkehr wird sie am 15.9. dieses Jahres freigegeben.

- vgl. MB 16.8.85, S. 18f

#### MAUERBAU ENTLANG DER THAILANDISCHEN GRENZE

Am 22.07. teilte der stellvertretende Premierminister und Innenminister Musa Hitam dem Bundsparlament mit, Malaysia würde mit dem Bau einer 25 km langen Mauer entlang der Grenze zu Thailand beginnen. Die Mauer wird etwa 4,5 m innerhalb des malaysischen Territoriums gebaut und soll die Infiltration kommunistischer Guerillas und

auch den Schmuggel von Schusswaffen und Rauschgift verhindern. Bereits im letzten Jahr wurde ein 56 km langer Zaun zwischen Padang Besar bis nach Bukit Kayu Hitam im Nordwesten errichtet. Langfristig will Malaysia entlang der gesamten 600 km langen Grenze Mauern oder Stacheldrahtzäune errichten. Die thailändische Regierung ist mit diesem Vorhaben einverstanden.

- vgl. MD 24.7.85, NR 24.7.85

#### HEAVY METAL-MUSIKGRUPPE "THE SCORPIONS" AUS DER BRD DARF NICHT AUFTRETEN

Der Auftritt einer westdeutschen Heavy metal-Musikgruppe "The Scorpions" bei einem Konzert in Kuala Lumpur am 25.06. wurde vom Ministerium für Kultur, Jugend und Sport nicht genehmigt. Ein Sprecher des Ministeriums begründete das Auftrittsverbot damit, daß die Veranstaltung "schlechte soziale Impli-

kationen" haben würde. Eine solche Show "würde im diametralen Gegensatz zu den moralischen und kulturellen Werten des Landes stehen". Die Entscheidung stünde im Einklang mit der Politik, die seit den Erfahrungen mit dem Auftritt der Musikgruppe "Uriah Heep" vor 2 Jahren gemacht wurde. Das Konzert damals wurde als Verletzung der moralischen und kulturellen Werte des Landes angesehen.

- vgl. NST 12.6.85

#### WOROBER WIR NICHT BERICHTETEN ...

- Diskussionsforum über Frauen und Religion (Aliran Dez. 1984)

- Aliran Workshop über Industrialisierung und Entwicklung (Aliran Juli/Aug. 1985)

- Alkoholismus in Malaysia (Star 31.5.85, Aliran Juli/Aug. 1985, S. 14-19)

- Arbeitslosigkeit, Entlassungen in der Schwerindustrie, zuwenig Plantagenarbeiter (NST 3.6.85, Star 1.6.85, MB 16.7.85, S. 59)

- Zinnabbau und -industrie im Rückgang (Star 20.5.85, MB 16.6.85)

- Neue Staudammprojekte in Malaysia (UK Juli 1985, S. 17)

- Lehrer dürfen sich nicht politisch engagieren (NST 11.6.85)

- Fan Yew Teng verhaftet (Star 9., 11.6.85, FEER 27.6.85, S. 12, Jela Nr. 27, S. 25)

- Gesetz gegen Homosexualität geplant (Jela 27, S. 28)

- Gründung einer Neuen Partei für Chinesen (FEER 4.7.85, S. 10)



### BEVÖLKERUNG SOLA IM JAHR 2100 70 Mio. BETRAGEN

Der Premier-Minister Datuk Seri Mahatir Mohamad möchte, daß bis zum Jahr 2100 die Bevölkerung Malaysias von 15,5 Mio. auf 70 Mio. anwächst. Er geht davon aus, daß zur Entwicklung einer zukünftigen Industrie ein großer Binnenmarkt geschaffen werden muß. Seine Vorstellungen hatte er bereits im April 1984 vor dem Parlament bekanntgegeben und zur Erläuterung einen Vergleich der Bevölkerungsdichte von Malaysia mit den Philippinen und Großbritannien angestellt. Danach leben heute in Malaysia auf 334.000 qkm 15,5 Mio. Menschen, in Großbritannien auf 245.000 qkm 55 Mio. und in den Philippinen auf 300.000 qkm 45 Mio. Mahatir strebt für Malaysia das Vorbild Japan an, ein Land mit hoher Bevölkerungsdichte und einem Binnenmarkt, der die Wirtschaft aufrecht erhält.

Kritiker, unter anderem die Consu-

mers Association Penang (CAP) halten diesen Vorstellungen entgegen, daß Malaysias Gesundheitsversorgung bereits jetzt ungenügend sei, die Wohnkosten in den Städten ständig steigen, 1/3 der malaysischen Kinder unterernährt seien und Malaysia jährlich für 2 Mrd. Ringgit Nahrungsmittel importieren muß.

Andere Beobachter vermuten, daß Mahatir durch eine solche Bevölkerungspolitik das ethnische Gleichgewicht zu Gunsten der "bumiputras" (= Söhne der Erde), die vorwiegend Malaya sind, verändern möchte. 1980 betrug der Anteil Malaya in West Malaysia 55,3 % (1970 = 52,7 %) der Anteil Chinesen 33,8 % (1970 = 35,8 %) und der Anteil Inder 10,2 % (1970 = 10,7 %). Die Geburtenrate unter den Malayinnen ist im Vergleich zu den Chinesinnen und Inderinnen am höchsten, ihr Heiratsalter am niedrigsten und ihre Bereitschaft, große Familien zu haben, auch am höchsten. Eine solche Entwicklung würde bedeuten, daß vor allem auf dem Land die Bevölkerung

verstärkt anwachsen würde, denn dort leben überwiegend Malaya. Allerdings wird in Frage gestellt, ob von dort nun gerade der vermehrte Konsumbedarf zu erwarten ist, der die Industrie-Entwicklung ankurbeln könnte. Das generative Verhalten der städtischen Malayinnen unterscheidet sich dagegen kaum von dem der Chinesinnen und Inderinnen.

Das Ziel der Regierungspolitik mit ihren entsprechenden Behörden ist, zur Zeit, die jährliche Bevölkerungszuwachsrates von 2,3 % langsamer zu verringern, nämlich von bisher 0,3 - 0,4 Prozentpunkten auf 0,1 Prozentpunkte alle 5 Jahre. Das würde dazu führen, daß erst im Jahr 2070 die Geburtenrate bei 2,05 liegen würde, also 0-Wachstum, als sonst bereits im Jahr 2030. Die Bevölkerung würde dann 70 Millionen im Jahr 2100 betragen und nicht wie nach dem bisherigen Rückgang des Bevölkerungszuwachses nur 39 Mio. im Jahr 2150.

- vgl. FEER 25.7.1985, S. 32ff

## BUCHVORSTELLUNG

### Women in Malaysia

"Women in Malaysia" hrsg. von Hing Ai Yun, Nik Safiah Karim, Rokiah Talib; Pelanduk Publications Kuala Lumpur 1984 (312 S.)

Der Sammelband umfaßt 212 Aufsätze und eine ausführliche Bibliographie. Er spiegelt den Stand der engagierten akademischen Forschung zu "Frauen in Malaysia" wider. Die Herausgeberinnen ordnen die Aufsätze in der Einführung folgendermaßen ein:

"Diese Sammlung von Aufsätzen gibt ein breites Spektrum wieder und hilft mit seiner Vielseitigkeit einen Überblick über oder Begriff von Frauen in Malaysia zu geben. Obgleich die malaysische Frau besser dran ist als ihre asiatischen Schwestern, so ist sie noch weit davon entfernt, als gleichberechtigtes, menschliches Wesen gesellschaftlich anerkannt zu werden. Alle vorliegenden Aufsätze machen dies deutlich, ganz gleich ob sie sich auf Auswertung statistischer Daten, impressionistische Untersuchungen oder die Überprüfung und Analyse kultureller Werte und der öffentlichen Meinung beziehen. Der erste Aufsatz "Frauen und Arbeit in West-Malaysia" von Hing Ai Yun versucht einen Zusammenhang zwischen der Strukturveränderung der malaysischen Wirtschaft und der Zunahme weiblicher Lohnarbeit herzustellen. Er geht auch auf die Folgen und die Bedeutung des Beitrages von Arbeiterinnen für die malaysische Wirtschaft ein. Dieser Aufsatz versucht die produktive und reproduktive Rolle der Frauen zu

analysieren - als Lohnarbeiterinnen, als unbezahlte Hilfe in der Landwirtschaft und als Hausfrauen. Mit der voranschreitenden Verstärkung und Industrialisierung werden malaysische Frauen in die Lohnarbeit gezwungen. Der befreiende Aspekt von Lohnarbeit für junge Frauen, die in den Elektronikfabriken arbeiten, wird in dem Aufsatz "Auswirkung der Industrialisierung auf die soziale Rolle der Malayinnen vom Land" von Susan E. Ackerman beschrieben. Unter anderem hat die Lohnarbeit zu größeren Möglichkeiten sozialer Interaktion und höherem ökonomischen Wert, ausgedrückt im höheren Mitgift-Preis, geführt.

Trotz der Zunahme der Zahl von Lohnarbeiterinnen bilden Frauen immer noch den größten Teil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Das Kapitel "Entwicklung der Frauen auf dem Lande" von Rokiah Talib zeigt, daß Frauen in der traditionellen malaysischen Gesellschaft entscheidend - und nicht nur marginal - an der kleinbäuerlichen Familienproduktion beteiligt sind. So haben sich landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte staatlicher Planer des Landwirtschaftsministeriums wie die von KEMAS (Kemajuan Masyarakat) als überflüssig herausgestellt. Die Frauen sollten ermutigt werden, an der Entwicklung teilzunehmen. Die meisten ländlichen Frauen sind jedoch an Kautschukzapfen und Reisanbau beteiligt. Die Ehemänner und Kinder sind manchmal nur die Helfer. Allerdings hängt die Rolle der Frauen auch von der Art ihrer ökonomischen Aktivität ab. In dem Aufsatz "Der Status von Simunul Bajau Frauen in Sabah" von Supriya Bhar können wir sehen, daß aufgrund der extraktiven Art der Bajau-Ökonomie, die auf Holzabbau und dem Sammeln von Waldproduk-



ten beruht, Bajau Frauen nur eine ergänzende Rolle zu der der Männer spielen. Allerdings scheint es mit zunehmender Bildung keine moralischen Grenzen zu geben, die junge Frauen davon abhalten, Lohnarbeit anzunehmen, um die Familie zu unterstützen.

"Handwerkerinnen und ein Handwerk der Frauen" von Heather Strange handelt von "Pandanus"-Weberinnen in Trengganu und zeigt, daß eine systematische Organisation des traditionellen Handwerks den Produzenten ein beträchtliches Einkommen ermöglicht, wenn auch die so gesteigerten Einnahmen nicht den inflationären Preisen anderer Konsumprodukte entsprechen. (...)

Die Land-Stadt Migration von Frauen ist unabhängig von ethnischen Gruppen, wie der Aufsatz "Indische Frauen im städtischen Malaysia" von K. S. Susan Oorjitham beweist. Von der einen Seite her betrachtet, scheint diese Bewegung eine positive, befreiende Wirkung auf die